

«Wo ein Wille, da ein Weg»

Mit grosser Freude hat der VU-Landtagsabgeordnete Frank Konrad zur Kenntnis genommen, dass beim geplanten Dienstleistungszentrum Giessen nun Synergien zwischen Land und Gemeinde genutzt werden. 1 1/2 Jahre lang hat er sich dafür stark gemacht.



Desirée Vogt
Parteisekretärin

Herr Konrad, bereits im Juni 2016 haben Sie das Land dazu aufgefordert, in Bezug auf das Dienstleistungszentrum Giessen mögliche Synergien mit der Gemeinde Vaduz zu prüfen. Warum?

Frank Konrad: Das lag für mich einfach auf der Hand, weil in unmittelbarer Nähe des geplanten Zentrums der Vaduzer Saal und die Parkgarage Marktplatz liegen. Ausserdem war schon damals be-

von 28,5 Mio. Franken bereits gesprochen – die Kosten sollten nicht höher werden. Angesichts der Chance, die sich durch die Doppelnutzung der Parkieranlage auch für die Gemeinde ergeben, ist eine solche Kostenübernahme nur mehr als gerechtfertigt. Die Gemeinde könnte zentrumsnahe Parkierung direkt neben dem Vaduzer Saal anbieten. Gerechtfertigt ist diese Kostenübernahme aber auch mit Blick auf das grosse finanzielle Polster der Gemeinde Vaduz.

Trotzdem hat es fast 1 1/2 Jahre gedauert, bis auch das Amt für Bau und Infrastruktur sowie die Gemeinde Vaduz diesen Nutzen erkannt haben. Worauf führen Sie dies zurück?

Manchmal scheinen eben auch kürzeste Wege nicht schnell gegangen werden zu können. Oder zu wollen. Keine Ahnung. Ich habe in den vergangenen 18 Monaten mehrfach bei der Regierung und der Gemeinde nachgefragt, wie das Vorgehen in dieser Sache ist und ob Synergien erkannt worden sind. Umso mehr habe ich mich gefreut, zu erfahren, dass sich der Gemeinderat mit dem Anliegen auseinandergesetzt hat. Im vergangenen Dezember hat auch das Amt für Bau und Infrastruktur die Gemeinde endlich angefragt, ob sie sich im Zuge der Neuerrichtung des Dienstleistungszentrums Giessen am Bau von rund 80 Tiefgaragenplätzen mit Gesamtkosten von rund 8 Mio. Franken beteiligen will. Am 19. Dezember hat der Gemeinderat einhellig zugestimmt.



Hat sich dafür stark gemacht, dass Land und Gemeinde Synergien nutzen: Der VU-Landtagsabgeordnete Frank Konrad. Foto: Archiv

Land und Gemeinde beweisen damit, dass gemeinsame Synergien erkannt und sinnvolle Ideen auch umgesetzt werden. Man sieht, es ist vieles möglich – wenn man nur will.

Der Gemeinderat hat mit der Bewilligung des Kredites aber auch darum ersucht, bestimmte Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen in den Architekturwettbewerb einfließen zu lassen. Sehen Sie darin ein Problem?

Nein. Dabei geht es unter anderem um wichtige Anliegen wie zum Beispiel die Schulwegsicherheit. Ausserdem sollen künftige Verkehrsachsen sichergestellt werden und langfristig soll es möglich sein, den Giessen im Bereich der bestehenden Giessenstrasse rena-

«Vieles ist möglich – wenn man nur will»

kannt, dass die Parkgarage in den nächsten Jahren saniert oder abgebrochen werden muss. Mir ging es darum, die zu überbauende Parzelle bestmöglich auszunutzen und weitsichtig zu planen. Boden ist ein wertvolles Gut.

Sie waren es auch, der vorgeschlagen hat, die Tiefgarage beim Dienstleistungszentrum um einen Stock zu erweitern. Warum sollte die Gemeinde diese Kosten übernehmen?

Der Landtag hatte den Verpflichtungskredit für den Bau des Dienstleistungszentrums in Höhe

«Ich bin zuversichtlich, dass ein gangbarer Weg gefunden wird»

turieren zu können. Das alles sollte auch im Interesse des Landes sein. Allerdings habe ich gehört, dass aus betrieblicher Sicht beim Land noch Sicherheitsbedenken bestehen bzw. diesbezüglich noch Fragen geklärt werden müssen. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass mit Blick auf die Synergien und mit Hilfe des gesunden Menschenverstandes auch hier ein gangbarer Weg gefunden wird. ■

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Während Regierungschef Adrian Hasler keinen Änderungsbedarf beim Finanzausgleich sieht, nimmt die FBP-Fraktion das Thema in ihr Drei-Punkte-Programm auf. Das wirft auch für Triesenbergs Vorsteher Christoph Beck einige Fragen auf.



Christoph Beck
Vorsteher Triesenberg

Bereits mehrfach habe ich in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass ein fairer Lastenausgleich vonnöten ist. Die Gemeinden sollen die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben stemmen können und dafür mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Das heutige Finanzausgleichssystem bietet für die Gemeinde Triesenberg nicht die nötigen Möglichkeiten, da sie für das Naherholungsgebiet

eine «Sonderlast» zu tragen hat und viele Lasten aus den allgemeinen Gemeindemitteln tragen muss, um das für Liechtenstein schöne und so wichtige Naherholungs- und Freizeitgebiet zu unterhalten und zu pflegen. Aus diesen Gründen hat die VU im Jahr 2016 eine Interpellation eingereicht – deren Beantwortung vor einigen Monaten allerdings mehr als ernüchternd ausfiel. Das Fazit von Regierungschef Adrian Hasler: Kein Änderungsbedarf.

Alles, nur keine Verzögerung

Ich freue mich darüber, dass die Landtagsfraktion und das Präsidium der FBP dies anders sehen und das Thema Finanzausgleich in

ihr Drei-Punkte-Programm aufgenommen haben. Offenbar braucht der Regierungschef einen Auftrag aus den eigenen Reihen, um ihn dazu zu bewegen, die viel gepriesene Phase des zukunftsorientierten Gestaltens endlich in Angriff zu nehmen. Fraglich ist allerdings, in welcher Form die FBP die Thematik angehen möchte. Ich wüsste nicht, welche neuen Fragen gestellt werden könnten, die nicht bereits im Rahmen der VU-Interpellation aufgeworfen wurden. Auch ist es nur schwer vorstellbar, dass die FBP das Rad neu erfindet. Denn offenbar liegen weder Ideen für eine Umsetzung vor, noch sind das Wie und Wann klar. Ich hoffe sehr, dass kein neuerlicher Vor-

stoss in dieser Sache dazu führt, dass ein kritisches Hinterfragen des heutigen Finanzausgleichs bzw. eine Neuausrichtung erneut verzögert wird.

Ist ein Wille da?

Nocheinmal: Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um einen fairen Lastenausgleich. Es gilt zu prüfen, mit welchen Massnahmen die vorherrschenden Standortvorteile besser zwischen Land und Gemeinden sowie zwischen den Gemeinden ausgeglichen werden können. Gerade weil die Finanzzuweisungen an die Gemeinden einen hohen Ausgabenposten für die Landesrechnung darstellen, sollte das System nach zehn Jahren

kritisch hinterfragt werden. Die Idee des Regierungschefs, einfach nur die Steuern zu erhöhen, zielt am Problem vorbei.

Bisher war seitens der Regierung kein Wille erkennbar, den bestehenden Finanzausgleich kritisch zu würdigen sowie eine weitere Aufgabenentflechtung zwischen dem Land und den Gemeinden voranzutreiben. Mehrere Abgeordnete haben dies im vergangenen Oktober im Landtag als «verpasste Chance» bezeichnet und dem Regierungschef «Lustlosigkeit» vorgeworfen. Ob der Auftrag aus den eigenen Reihen diese Lustlosigkeit in Tatendrang zu verwandeln vermag, wird sich nun weisen. ■